

Länderminister lehnen Maut für Wasserwege ab

STUTTGART/KIEL Die Verkehrsminister der Länder haben sich gestern auf ihrer Konferenz in Stuttgart gegen die Pläne ihres Bundeskollegen Alexander Dobrindt für eine Maut auf vorwiegend touristisch genutzten Flüssen und Kanälen ausgesprochen. „Wir möchten, dass der Bund bei der Reorganisation der Wasserstraßen weder eine Sportboot-Maut erhebt noch Benutzungsgebühren für Schleusen“, sagte Schleswig-Holsteins Ressortchef Reinhard Meyer unserer Zeitung. Der auf seine Initiative zurückgehende Beschluss wurde fast einstimmig gefasst – nur Hessen enthielt sich.

CSU-Politiker Dobrindt sieht in seinem neuen „Wassertourismuskonzept“ vor, spätestens ab 2019 auf allen Flüssen und Kanälen, auf denen nur Sportboote fahren, „individuelle Befahrungsgebühren für die Sportbootschifffahrt“ einzuführen. Dazu will Dobrindt 2800 Kilometer Wasserwege samt 140

Schleusen und 120 Wehren aus seiner Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) ausgliedern und in eine neue Organisation überführen, die die Flüsse und Kanäle instandhält und dafür Gebühren kassiert. An der neuen Einrichtung können sich auch Länder, Kommunen oder Private beteiligen. In Schleswig-Holstein sollen die Eider samt Gieselau-Kanal, die Stör sowie die Pinnau und Krückau aus der WSV herausgelöst werden. Mit der Reform will Dobrindt dafür sorgen, dass sich seine WSV auf das Hauptnetz für die Frachtschifffahrt vom Nord-Ostsee-Kanal bis zur Donau konzentrieren kann.

Meyer erklärte dazu gestern, er und seine Kollegen würden es zwar „begrüßen“, dass Dobrindt zu seiner Verantwortung für den Erhalt und die Verbesserung aller Wasserstraßen in Deutschland stehe. „Aber dann muss er das Ganze auch ohne Gebühren finanzieren“, sagte der SPD-Politiker. *bg*